



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

Ihre Mail vom 29.1.2009

Berlin, 30. Januar 2009

Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vom 22.01.2009 zum Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes (Ausschussdrucksache 16(16)561)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Stellungnahme zum Entwurf eines Zehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes, in der Sie dazu auffordern, dem Antrag der Koalitionsfraktionen nicht zuzustimmen.

Sie begründen Ihre Aufforderung damit, dass die Stromkonzerne, die die Atomkraftwerke betreiben, nicht aus Ihrer Verantwortung für das Atom Mülllager Asse entlassen werden dürfen und dass mit der Novelle das Salzbergwerk Asse II ohne fachliche Prüfung seiner Eignung und ohne jede Öffentlichkeitsbeteiligung als Endlager legalisiert würde.

Nach dem Atomgesetz werden die Abfallverursacher für die Kosten des Betriebs einschließlich der Stilllegung von Endlagern herangezogen. Die Abfälle aus der Schachanlage Asse II stammen zum größten Teil von öffentlichen Einrichtungen, insbesondere Forschungseinrichtungen. Ca. 90 Prozent des radioaktiven Inventars kommen allein aus dem Forschungszentrum Karlsruhe. Die radioaktiven Abfälle der Schachanlage Asse wurden in den 1960er und 1970er Jahren zu Forschungszwecken mit dem Ziel der endgültigen Beseitigung eingelagert. Eine Kostentragung der Stilllegung durch die öffentliche Hand ist daher verursachergerecht. Die vom Koalitionsantrag vorgesehene Änderung bewirkt auch keine Kostenübertragung von Privaten auf den Bund, denn auch in der Vergangenheit, als das Helmholtz Zentrum München Betreiber der Schachanlage Asse war, erfolgte die Kostentragung durch den Bund. Die vorgesehene Gesetzesänderung dient somit lediglich der Klarstellung, dass die Kostentragung durch den Bund in der vorliegenden Atomgesetznovelle beibehalten werden soll.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Atomgesetzes ist notwendig, um den vom Bundeskabinett am 5. November 2008 gefassten Beschluss zum Betreiberwechsel für die Schachanlage Asse II vom Helmholtz-Zentrum München auf das Bundesamt für Strahlenschutz umzusetzen. Mit dem Betreiberwechsel wird gleichzeitig die Stilllegung der Anlage auf der Grundlage eines atomrechtlichen Planfeststellungsverfahrens festgeschrieben. Zukünftig wird die Schachanlage Asse II wie ein Endlager behandelt und damit die Sicherheit für die Bürger besser gewährleistet. Wir erfüllen damit auch eine zentrale Forderung der Bürgerinitiativen vor Ort.

POSTANSCHRIFT PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN WWW.SPDFRAKTION.DE

BÜROANSCHRIFT UNTER DEN LINDEN RAUM 3006 UNTER DEN LINDEN 50 10117 BERLIN
TELEFON (030) 227-734 03 TELEFAX (030) 227-764 88 E-MAIL MARCO.BUELOW@BUNDESTAG.DE

WAHLKREIS GROSSE HEIMSTR. 72 44137 DORTMUND
TELEFON (0231) 476 69 90 TELEFAX (0531) 476 69 91 E-MAIL MARCO.BUELOW@WK.BUNDESTAG.DE



Ich kann Ihre Verärgerung über die damalige Einlagerung von atomaren Abfällen in die Schachtanlage Asse II und Ihren Protest sehr gut verstehen. Die Schachtanlage Asse II ist denkbar ungeeignet für die Endlagerung von atomaren Abfall. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass es insgesamt kein sicheres Endlager geben wird und wir deshalb so schnell wie möglich aus der Atomenergie aussteigen müssen.

Ich versichere Ihnen, dass ich mich und die gesamte SPD weiterhin für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzen. Die SPD ist derzeit der einzige Garant, der eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken verhindern kann, während eine Verlängerung von der Union und FDP noch immer vehement gefordert wird.

Allerdings haben wir keine andere Wahl als mit dem vorhandenen atomaren Müll, einschließlich des Mülls aus Forschungsreaktoren, umzugehen und ihn so sicher wie möglich zu lagern und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Gefahren, die von der Einlagerung in die Schachtanlage Asse II ausgehen, so gering wie möglich zu halten. Leider können wir mit der Union keine vertretbare Vereinbarung über ein Endlagerkonzept in Deutschland treffen. Diese Frage müssen wir in der Zukunft dringend lösen.

Ich hoffe, dass ich Ihre Bedenken mit diesen Erläuterungen ausräumen konnte und würde mich freuen, wenn Sie unsere Forderung für ein Festhalten am Ausstiegsbeschluss unterstützen würden.

Mit freundlichen Grüßen